

SCHWEIZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Liberale Lösungen für die Wohnungsnot

FDP Urban macht Platz

Die liberalen Kräfte in der Schweiz stehen vor der Frage, wie sie auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen im urbanen Raum reagieren sollen. Die Wohnungsknappheit ist in vielen Regionen ein grosses Problem. Während links-grüne Rezepte mehr Staatseingriffe fordern, betont die FDP die Notwendigkeit von mehr Wohnungsbau und Verdichtung als zentrale Lösungsansätze.

Inhalt

- 3–5 Gesundheitsinitiativen
- 6 Kommunalwahlen im Tessin
- 7/8 Blick in die Kantone
- 9 Aus dem Bundeshaus
- 10 FDP International
- 11 Jungfreisinnige
- 12 Kommunikationsblog
- 13 Ausblick Sommersession
- 14/15 FDP Frauen
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 KMU-Sicht
- 22 Solothurner Initiative 1:85
- 23 Kolumne Johanna Gapany



Gesundheitsreformen unter der Lupe

Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämientlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämientlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Unsere Kranken warten lassen?

Nein, danke!

Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)



Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-



te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

FDP

Die Liberalen

2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

2x NEIN

zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative

Zum
Video



Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen

- > **Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt**
Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.
- > **Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten**
Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.

- > **Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten**
Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.

Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch



Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den



Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

«Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden.»

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

Freisinnige in den Kantonen

Wahlen und Ergebnisse

In den Monaten März und April gab es in mehreren Kantonen Erneuerungswahlen für die Legislative und Exekutive. Die Ausgangslage in den Kantonen war dabei ähnlich: Auf der exekutiven Ebene sind nahezu alle wieder angetreten. Bei den kantonalen Parlamentariern (Legislative) gab es mehrere Rücktritte, was einen Sitzerhalt der Partei erschwerte. Die Wahlkämpfe wurden jeweils hochmotiviert geführt. Leider wurde die harte Arbeit nicht immer belohnt.

Die Wahlen im Kanton Schwyz

Exekutive: Der Regierungsrat Damian Meier und die Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher verteidigten beide souverän ihre Sitze mit Spitzenresultaten.

Legislative: Trotz eines engagierten Wahlkampfes musste die FDP Schwyz einen Sitzverlust im Kantonsrat einbüßen. Neu ist die FDP mit 19 von 100 Sitzen vertreten.

Wahlkampfleiter Sepp Marty: «Der tatkräftige Einsatz unserer Kandidatinnen und Kandidaten schlug sich leider nicht wie erhofft im Resultat der Kantonsratswahlen nieder. Die FDP bleibt aber eine stabile liberale Kraft im Kanton und Mehrheitsbeschafferin im Parlament. Sehr erfreulich ist die deutliche Wiederwahl unserer beiden Regierungsräte.»



Regierungsrat Damian Meier, Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher und Urs Rhyner (Präsident FDP.Die Liberalen, Schwyz)

Die Wahlen im Kanton St. Gallen

Exekutive: Auch im Kanton St. Gallen schafften die beiden Regierungsräte Marc Mächler und Beat Tinner die Wiederwahl hervorragend.

Legislative: Die Ausgangslage bei den Kantonsratswahlen war schwerer, da einige Sitze vakant waren. So konnte die FDP St. Gallen trotz eines aktiven Wahlkampfes ihre drei vakanten Sitze nicht halten. Die FDP ist somit neu mit 19 von 120 Sitzen im Kantonsrat vertreten.

Das Fazit des Parteipräsidenten Raphael Frei: «Die souveräne Wiederwahl unserer Regierungsräte Marc Mächler und Beat Tinner zeigt, dass die Bevölkerung auch in Zukunft auf eine starke freisinnige Vertretung in der Regierung zählen möchte. Unbelohnt hingegen blieb ein engagierter Kantonsratswahlkampf: Der FDP gelang es nicht, ihre drei vakanten Sitze zu verteidigen.»



Regierungsräte Marc Mächler und Beat Tinner souverän wiedergewählt

Die Wahlen im Kanton Thurgau

Exekutive: Im Kanton Thurgau konnte wiederum Walter Schönholzer mit einem Superresultat glänzen und den Regierungsratssitz verteidigen.

Legislative: Die Ausgangslage im Grossen Rat war schwieriger, da von den Bisherigen nur die Hälfte der Kandidaten wieder antraten. Die FDP Thurgau machte aber das Beste daraus, musste am Schluss jedoch einen Sitzverlust hinnehmen. Im Grossen Rat ist die FDP somit neu mit 17 von 130 Sitzen vertreten.

Gabriel Macedo, Präsident FDP Thurgau: «Wir sind stolz auf das Glanzresultat unseres wiedergewählten Regierungsrats. Die Prognosen für die Parlamentswahlen waren im Vorfeld sehr schlecht, insofern sind wir mit «nur» einem Sitzverlust mit einem blauen Auge davongekommen. Das Ergebnis bestätigt den Trend: Populistische Utopien haben Hochkonjunktur. Die FDP hingegen packt an, statt hübsch zu verpacken.»



Wiedergewählter Regierungsrat Walter Schönholzer mit Parteipräsident und Kantonsrat Gabriel Macedo (rechts)



Nadine Racet
Verantwortliche Deutschschweizer Kantone

Die Wahlen im Kanton Uri

Exekutive: Der Regierungsrat Urs Janett wurde souverän mit dem besten Wahlergebnis wiedergewählt. Georg Simmen verteidigte im 2. Wahlgang den FDP-Sitz und ist neu im Regierungsrat vertreten.

Legislative: Im Landrat verlor die FDP vorerst vier Sitze. Eine Erneuerungswahl für den Sitz von Georg Simmen wird jedoch noch stattfinden.

Ivo Schilling, Präsident FDP Uri: «Der FDP.Die Liberalen Uri gelang es, ihre zwei Regierungsratssitze zu verteidigen. Erfreulicherweise verlor sie auch als einzige Fraktion bei den Proporzgemeinden keinen Landratssitz gegen die neu antretende GLP und konnte ihre bisherigen Sitze behalten. Hingegen waren wir bei den Majorzgemeinden mit einem Verlust von drei Landratssitzen konfrontiert. Bei der Ersatzwahl des Sitzes des neu gewählten Regierungsrates Georg Simmen sind wir zuversichtlich, den Sitz in Realp behalten zu können.»



Parteipräsident Ivo Schilling (rechts) gratuliert dem wiedergewählten Regierungsrat Georg Simmen.

Kanton Uri

«Dem Landrat gehören 64 Mitglieder an. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Die Wahlkreise bilden die Gemeinden. Während in jenen Gemeinden, denen fünf und mehr Sitze zustehen, die Wahl im Proporzverfahren erfolgt, werden in den kleineren Gemeinden die Landrätinnen und Landräte nach dem Majorzsystem gewählt.» (Quelle: Website Kanton Uri)

Heinz Theiler bei der Arbeit in seiner Werkstatt.



Heinz Theiler im Interview

KMU-Verstärkung im Bundeshaus

«Meine Erfahrungen als Gewerbler lassen mich bei gewissen Ratsentscheidungen und Haltungen von Ratsmitgliedern die Augen reiben.»

Heinz Theiler (53) ist Carrosseriespenglermeister mit eigenem Betrieb. Vor 23 Jahren übernahm er das Geschäft seines Vaters, die Carrosserie Theiler in Goldau SZ, als Inhaber und Geschäftsführer. Seit 1997 ist er politisch für die FDP aktiv – zunächst als Rechnungsprüfer des Bezirks Schwyz, dann für 12 Jahre im Kantonsrat und seit letztem Dezember als Nationalrat. Seine Freizeit verbringt er am liebsten mit seinem Segelboot auf dem Urnersee, er geht regelmässig biken und wandern. Lesen und musizieren (Kontrabass) sind weitere Hobbys des zweifachen Familienvaters.

Was hat Sie dazu motiviert, ein eigenes Unternehmen zu gründen?

Es war mein Vater, der 1969 in einer kleinen Garage mit Platz für eineinhalb Autos unseren Carrosseriebetrieb in Arth gegründet hat. Mit dem Umzug per 1. Januar 1971 in die neu gebaute Werkstatt in Goldau konnte auch der erste Mitarbeiter angestellt werden.

Wie hat sich Ihr Unternehmen seit der Gründung entwickelt und verändert?

Mein Vater hat allein angefangen. Mit dem Umzug kamen der erste Mitarbeiter und Lehrlinge hinzu. Auch ich habe die Lehre im elterlichen Betrieb absolviert. Mein Vater war ein strenger, aber erfolgreicher Lehrmeister.

Nachdem ich 2001 den Betrieb übernommen hatte, konnte ich 2006 mit einem Neu- und Anbau des Nachbargebäudes den Grundstein für die weitere Entwicklung des Betriebes und für moderne Geschäftsräume sorgen. Zudem betreiben wir im Nachbardorf ein Autowaschcenter. Inzwischen sind 8 Angestellte auf der Lohnliste.

Welche waren die grössten Herausforderungen, die Sie in den letzten 23 Jahren als Unternehmer bewältigen mussten?

Mithalten mit dem Fortschritt – so muss man es wohl bezeichnen – ist für uns die grösste Herausforderung gewesen in den letzten Jahren. Weiterbildung ist deshalb für uns ein Muss, um auf dem Laufenden zu bleiben. Aber das einfachste Rezept ist noch immer, sich in die neuen Herausforderungen reinzuschicken, ohne Angst, aber mit Respekt und Ehrgeiz. So haben wir uns Spezialtechniken angeeignet, Arbeitsabläufe digitalisiert, Geräte erfunden und Spezialwissen generiert. Dank unserem Erfindergeist konnten wir die Weiterentwicklung von Waschanlagen unseres Lieferanten mitgestalten.

Wie beeinflusst Ihre Erfahrung als Unternehmer Ihre Arbeit im Nationalrat?

Mich in die verschiedensten Dossiers einzuarbeiten, fällt mir nicht schwer. Dabei spielen die Finanzen immer eine Rolle, denn als Gewerbler muss man sie im Griff haben – so auch in der Poli-

tik. Dann hilft mir die Führungserfahrung, sowohl mit Personal als auch mit dem Betrieb, Dinge und Abläufe klar zu sehen. Ich werde nicht nervös, wenn etwas nicht nach Schema X läuft. Dann passe ich halt in Ruhe die Vorgehensweise an, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Meine Erfahrungen als Gewerbler lassen mich bei gewissen Ratsentscheidungen und Haltungen von Ratsmitgliedern die Augen reiben. Dass jeder Franken zuerst verdient sein muss, und andererseits viele Menschen ihr ganzes Leben auf eine gute Arbeitsstelle angewiesen sind und nicht einfach herumgeschoben werden können, scheint mir im Ratssaal manchmal vergessen zu gehen.



Natalia Collet, Praktikantin im Generalsekretariat

Das Geschäft von Diana und Thomas in Vancouver.



Kleinunternehmen in Kanada

Schweizer Paar erfüllt sich seinen Traum



Thomas Arn und Diana Arn-Haight.

Interview mit Thomas Arn und Diana Arn-Haight, Kleinunternehmer in Vancouver, Kanada. Thomas Arn ist Vorstandsmitglied der FDP International

Thomas und Diana, ihr seid Gründer und Geschäftsführer von SBO Distributors Ltd./Swissbo – wie kam es dazu?

Thomas: Ich wurde in der Schweiz geboren und wanderte 1990 nach Kanada aus. Dort lernte ich meine Frau kennen. Diana ist Kanadierin. Schnell spürten wir den Wunsch, gemeinsam etwas Eigenes aufzubauen. 1995 gründeten wir unser Unternehmen.

Diana: Wir wollten gerne etwas gestalten, Ideen direkt und eigenständig umsetzen, Kontakte aufbauen in vielen Gegenden der Welt, unabhängig arbeiten – all dies ist möglich in einem kleinen Team.

Thomas: SBO Distributors Ltd./Swissbo importiert und vertreibt Designprodukte, vor allem aus Europa und den USA, an Geschenk-, Mode-, Schmuck-, Design- und Haushaltsgeschäfte in ganz Kanada. Der erste Geschäftspartner war die Porzellanfabrik Langenthal. 2023 haben wir dann die erste eigene Geschenkboutique in Vancouver eröffnet.

Was hat sich schwieriger gestaltet, als ihr erwartet habt?

Thomas: Die Geschäftsregulierungen sind komplex, besonders bei Steuern, Arbeitsgesetzen und Vorschriften. Die Bürokratie ist sehr hoch. Genehmigungen müssen zum Teil auf Bundes-, Provinz- und Gemeindeebenen erlangt werden. Dies bringt zusätzliche Kosten. Wichtige regulatorische Überlegungen für Unternehmen, die in Kanada tätig sind: Beschäftigungsstandards, Menschenrechte,

Arbeitnehmerentschädigung, Gleichberechtigung bei der Beschäftigung, Lohngleichheit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, gewerkschaftliche Zertifizierung und Datenschutzfragen. Zum Glück haben wir die Statistik von «Made in CA» betreffend Lebensdauer von Kleinunternehmen erst viel später gelesen, sonst hätten wir diesen Schritt vielleicht nicht gewagt: «Mehr als ein Fünftel der Kleinunternehmen scheitert innerhalb des ersten Jahres. Etwa 50% der Kleinunternehmen überleben fünf Jahre, und ein Drittel feiert zehn Jahre Betriebszugehörigkeit.»

Diana: Kanada leidet unter Fachkräftemangel. Personal finden, schulen und halten sind grosse Herausforderungen für Unternehmen und Startups. Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren enorm in die Höhe geschossen, vor allem in den grösseren Städten wie Toronto, Vancouver und Montreal. Dies erhöht den finanziellen Druck auf kleinere Unternehmen sehr stark. Dem gegenüber steht ein schwacher kanadischer Dollar, der die Importe verteuert.

Thomas: Unser Geschäft ist sehr schnelllebig. Die Produktpalette wird laufend, an die sich stetig und schnell ändernden Konsumentenwünsche, angepasst. Viele neue Verkaufs- und Vertriebskanäle entstehen und erhöhen den Wettbewerbsdruck.

Was macht Kanada nach wie vor attraktiv als Unternehmensstandort?

Diana: Kanada bietet eine stabile Wirtschaft und ein sicheres politisches Umfeld.

Thomas: Verschiedene Handelsabkommen (CETA mit der EU/USCMA mit Nordamerika) erleichtern den Zugang zu den globalen Märkten. Die Regierungen fördern Investitionen gezielt durch Innovationsförderungsprogramme.

Diana: Als Kanadierin darf ich festhalten, dass die Lebensqualität sehr hoch ist, es gibt viele Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Die kulturelle Vielfalt und ein inklusives Gesellschaftsmodell schaffen positive Anreize, um sich geschäftlich zu engagieren. Das Gesundheitswesen funktioniert trotz aller Kritik zufriedenstellend.

Was könnte Kanada verbessern, um Leute zu motivieren, ein Unternehmen zu gründen?

Thomas: Das wichtigste Anliegen ist der Bürokratie-Abbau und die administrative Entlastung. Gemäss einem Artikel in der «National Post» von Januar 2024 ist Kanada eine der am stärksten überregulierten und kopflastigen Demokratien der Welt. Das Modell Schweiz der FDP mit Staat nur wo nötig und sinnvoll und starke Unterstützung der Selbstverantwortung der Einwohner und Einwohnerinnen würde unserer Meinung nach auch in Kanada Anklang finden und Erfolg haben.



Das Interview führte Helen Freiermuth, Vorstandspräsidentin FDP International

Neuer Vorstand der Jungfreisinnigen.



Die Schuldenbremse als Bollwerk des Generationenvertrags

Schuldenbremse unter Beschuss

Die Schuldenbremse steht unter linkem Dauerbeschuss, das ist nichts Neues. Während der finanzpolitische Schulterschluss der Bürgerlichen die Angriffe aber bisher unisono abwehren konnte, scheint diese Front nun zu erodieren.

Unlängst wurde bekannt, dass Teile der Mitte-Partei nun auch finanzpolitisch den Pfad der Tugend verlassen haben und die Schuldenbremse mit einer ausserordentlichen Finanzierung für die Nachrüstung der Armee und die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine auszuhebeln versuchen.

Kommende Generationen haben das Nachsehen

Da der Bundeshaushalt ohnehin bereits unter Druck steht, droht ein Verteilungskampf. In diesem Umfeld ist es selbstredend keine einfache Aufgabe, im Bundeshaushalt genügend Spielraum zu schaffen, um die zwingend notwendige Wehrfähigkeit der Armee wiederherzustellen. Aufgrund dessen jedoch die Schuldenbremse zu torpedieren, ist in verschiedener Hinsicht fehlgeleitet. Einerseits würde damit sinnbildlich der Damm brechen, um später weitere Ausgaben an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen, andererseits täuscht nichts über die Tatsache hinweg, dass bei neuen Schulden letztendlich immer die nächsten Generationen das Nachsehen haben.

Bei den Bundesausgaben muss der Rotstift angesetzt werden

Zweifelsohne hat Sicherheit als zentrale Staatsaufgabe einen hohen Stellenwert für die freie Schweiz. Mit Blick auf die nächsten Generationen ist aber zu bekräftigen, dass bevor über eine Finanzierung mit Lockerungen im Schuldenregime oder neue Steuern und Abgaben diskutiert wird, es vielmehr an der Zeit wäre, bei den Bundesausgaben den Rotstift anzusetzen. Handlungsbedarf gibt es reichlich, namentlich beim Personalaufwand, der Landwirtschaft oder im Kulturbereich. Der ungebrochene Einsatz der liberalen Kräfte für die Schuldenbremse ist wichtig – beginnt jene zu bröckeln, bröckelt der Generationenvertrag gleich mit.



Jonas Lüthy
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Wechsel in der Präsidentschaft:
Danke für alles, Matthias, willkommen Jonas!

Ende März trafen sich die Jungfreisinnigen in Zürich zu ihrem Jahreskongress. Auf dem Programm standen zahlreiche Stellungnahmen zu den bevorstehenden Abstimmungen, Diskussionen über die Rolle des öffentlichen Dienstes, aber auch die Neubesetzung des Präsidiums. Matthias Müller, der die Partei seit über vier Jahren leitete, wurde verabschiedet und ihm für seine Arbeit herzlich gedankt. Jonas Lüthy wurde zum neuen Präsidenten gewählt und übernahm die Führung der Partei. Der 21-jährige Basler studiert Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg und will die liberalen Werte durch effektive Kampagnen weitertragen. Wir wünschen ihm viel Erfolg!



Gabrielle de Simone
Geschäftsführerin Jungfreisinnige Schweiz

KI-generiertes Bild des Twittervogels.



Der blaue Vogel, der auf die Nase fiel

Die toxische Entwicklung von Twitter

Bei den Demonstrationen im Iran im Jahr 2009 entdeckte ich, dass Twitter ein äusserst mächtiges Instrument sein kann, um Informationen direkt vor Ort und aus erster Hand zu erhalten. Zu dieser Zeit nutzten wir soziale Medien, um uns auszutauschen, qualitativ hochwertige Informationen zu finden und unser Wissen in verschiedenen Bereichen zu erweitern. Doch während es viele Jahre lang gut lief, wurden diese Plattformen immer «toxischer».

Auch wenn diese Beobachtung für die meisten sozialen Medien gilt (wer erinnert sich noch daran, dass Facebook ein Ort des Austauschs und Teilens war?), ist das Beispiel von Twitter besonders aussagekräftig. Im Jahr 2007 gestartet, wurde es im Laufe der Jahre zur führenden Plattform für institutionelle Kommunikation.

Sprachrohr der Institutionen

Jeder Staat, jede Partei, jeder gewählte Beamte musste dort vertreten sein, damit seine Stimme bemerkt und gehört wurde. Die Medien taten dasselbe. Mit dem Überprüfungssystem (früher bekannt als das blaue Häkchen neben dem Kontonamen) bevorzugte der Algorithmus diese offiziellen Informationen. Daher hatte nicht jeder Tweet den gleichen Wert, und das aus gutem Grund: Nicht alle Informa-

tionen sind gleich. Das war sinnvoll, denn mit der Zunahme von Informationen und Kommunikationen brauchte es eine Kennzeichnung für verifizierte und seriöse Informationen.

Chaos der Informationen

Allmählich begann das System jedoch zu haken. Zunächst drängte sich das breite Publikum in den Raum. Dies stellte kein Problem dar, da die Beiträge nicht dasselbe Gewicht hatten. Im Gegenteil, es ermöglichte einer breiteren Öffentlichkeit, direkt auf offizielle Quellen zuzugreifen. Doch dann kamen die ersten Probleme mit der Abschaffung des Überprüfungssystems (seitdem wieder eingeführt, entweder als kostenpflichtige (blaue oder goldene) oder institutionelle (graue) Form). Indem Twitter (X) der Öffentlichkeit die blaue Überprüfung «anbot»

(gegen Bezahlung), verursachten sie eine unüberschaubare Verwirrung und Chaos. Mit diesem Zahlungssystem «drängte» der Algorithmus nun die «zahlenden» Konten (blau oder gold) zu Lasten der offiziellen Konten. Das Ergebnis ist eine Timeline, die wie ein bunter Blumenstrauss aussieht, in dem offizielle Informationen neben Trollen existieren.

Zerstörung eines zentralen Instruments

Die Aktionen von Twitter und seines CEO Elon Musk hatten zur Folge, dass ein besonders wichtiges Werkzeug für die Welt der politischen Kommunikation «zerstört» wurde. Das Schlimme daran: ein bezahltes Modell wäre möglich gewesen, ohne die Tür zum aktuellen Chaos zu öffnen.



Arnaud Bonvin

Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart im Gespräch mit Ständerat Matthias Michel.



Die grosse Welt und die kleine Welt

Aktuelle Herausforderungen

An der Sommersession geht es um mehr Wohnungen, Migration und auch ein bisschen um Weltpolitik.

In der Schweiz muss mehr gebaut werden. Leider ist das vor allem in den Städten schwierig. Oft sind es Lärmschutzvorschriften, die neue Wohnungen verhindern. Und das, obwohl es Schallschutzfenster gibt und das Schlafzimmer nicht immer zur Strasse liegt.

Libérale Lösungen für mehr Wohnraum

Das soll sich ändern, denn mit dem Umweltschutzgesetz geht ein für die FDP wichtiges Projekt in die Differenzvereinbarung. Wenn alles gut geht, werden sich National- und Ständerat bereits in der Sommersession einigen. Mit der Vorlage sollen die lärmrechtlichen Kriterien für Baubewilligungen klar definiert werden, um Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird. Wichtig ist auch, dass im Gesetz festgehalten wird, dass die Massnahmen gegen Aussen- und Innenlärm «wirtschaftlich verhältnismässig» sein müssen. Dies entspricht den Forderungen in verschiedenen Kantonen. So soll nach dem Willen der FDP in Zürich bald

auf jedes Haus ein Stockwerk gesetzt werden können. Eine liberale Lösung für mehr Wohnraum.

Konkrete Lösungen für Sicherheitsprobleme

Die Sicherheitslage in den Asylzentren ist besorgniserregend und es darf nicht sein, dass Flüchtlinge die Konflikte ihrer Herkunftsländer in der Schweiz austragen. Um das System zu entlasten und die Schutzbedürftigen zu schützen, ist es zentral, dass Bundesrat Beat Jans endlich eine kohärente Rückführungsstrategie umsetzt. Sonst droht das Schweizer Asylwesen aus den Fugen zu geraten. Der Nationalrat wird in der Sommersession über drei Vorstösse der FDP entscheiden, die die Richtung vorgeben könnten. Die Motion Gössi verlangt, dass abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea in Drittstaaten zurückgeführt werden können. Die Motion von alt Ständerat Philippe Bauer verlangt, dass die Migrationspartnerschaften überdacht und auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet werden. Die Motion von Ständerat Andrea Caroni fordert Massnahmen gegen Ausländer in der Schweiz, die Gewalttaten begehen, um das Regime zu verteidigen, vor dem

«Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird.»

sie angeblich geflohen sind. Es ist höchste Zeit, dass die anderen Parteien diese Vorschläge unterstützen, um konkrete Lösungen für die Sicherheitsprobleme in den betroffenen Regionen zu finden und die gesellschaftliche Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem zu erhalten.

Gute Dienste anbieten

Unmittelbar im Anschluss an die Session werden sich hochrangige Politiker aus aller Welt auf dem Bürgerstock zu einer Friedenskonferenz treffen. Die Konferenz soll eine Plattform für einen hochrangigen Dialog über Wege zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta bieten. Dieses internationale Grossereignis wird auch Thema der Session sein. Die Schweiz kann sich hier von ihrer besten Seite zeigen und ihre guten Dienste anbieten.



Christian Steiner, Fraktionssekretär FDP. Die Liberalen und wissenschaftlicher Mitarbeiter UREK, GPK, IK und LPK

Die FDP Frauen vs Die Mitte

Der grosse Kampf um eine gerechte Besteuerung!



Am 7. September 2022 wurde die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lancierte Initiative für die Individualbesteuerung («IIB») und somit für eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingereicht. Die Individualbesteuerung würde mitunter zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe führen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat bereits einen indirekten Gegenvorschlag zur IIB ausgearbeitet. Die IIB und der indirekte Gegenvorschlag werden derzeit in den nationalen Räten beraten.

Die Mitte

Jetzt doppelt aber die Mitte mit einer eigenen Initiative zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe nach.

Bei ihrem Vorgehen werden verheiratete Paare weiter bevorzugt und Konkubinatspaare und Patchworkfamilien hätten das Nachsehen.

GOOPS!

Ein Beispiel...

Josy und Paul leben im Einverdienermodell. Sie arbeitet, er schaut zuhause nach dem Rechten.

Josy verdient CHF 150'000. Beim Splittingmodell der Mitte würde für den anwendbaren Steuertarif die Hälfte des Einkommens berücksichtigt werden.

BOSS!

HUH?!

OOOPS!

WHAT?

Ist sie verheiratet, versteuert sie ihr Einkommen für die Bundessteuer zu 0.5%. Unverheiratet wären es 3.4%.

Die Heirat macht also einen Unterschied von ca. CHF 5'000 bei der Bundessteuer.



Jetzt die Individualbesteuerung unterstützen!
Werde Teil unseres Unterstützungskomitees!



Flavia Aebli,
Geschäftsführerin
FDP Frauen

Mehr Informationen unter www.fdp-frauen.ch oder www.individualbesteuerung.ch
 Autorinnen: Florence Pärli und Flavia Aebli

Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeininn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



Muriel Frei, Vorstandsmitglied, Kommunikationsverantwortliche Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»





Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum in Bern, 2020.

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich.



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Einen Stock höher».

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Einen Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk

unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:
www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Einen Stock höher» unterschreiben:
www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch



Rahmenbedingungen für innovative KMU

Interview mit Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter.

Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben, überflüssige und nur Bürokratie verursachende Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant FDP.Die Liberalen Schweiz



Engagement gegen Bürokratie-Ausbau

Die 1:85 Initiative im Rückblick

Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuvorstern» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verdingt dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

LEGENDE



«Ich bin nach wie vor
felsenfest davon
überzeugt, dass der
sorgfältige Umgang
mit Finanzen
entscheidend ist
für den Wohlstand
in diesem Land.»

**«Ich bin nicht bereit, unsere Seele
für kurzfristige Gewinne zu opfern.»**

Thierry Burkart im Interview

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen.

Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt.

Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

David Biner und Katharina Fontana, gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP
Die Liberalen

Verpasse nie wieder spannende Updates!

Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



JA

Stromgesetz (Mantelerlass)



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Initiative



NEIN

**Volksinitiative
«Freiheit und körperliche Unversehrtheit»**